

newsletter 30 / 20. 08. 2002

AKTIV

Petition zu MCS (Multiple Chemical Sensitivity) Frau Sinken (Bremen) und mit ihr einige andere Personen und SHGs haben eine Petition zu MCS an den Petitionsausschuss des Bundestages geschickt. Die Petition formuliert in vorbildlicher Weise das "Problem MCS" und zeigt Lösungsansätze auf. Ich finde es gut, wenn viele Einzelpersonen, SHGs, Gruppen sich der Petition anschließen. Ich schicke Ihnen den Wortlaut der Petition (inklusive umfangreicher Literaturliste) gerne per privater Email zu.

=====

KURZINFO

Studie " Toxikologische Bewertung von PCB bei inhalativer Aufnahme". Als pdf-datei (330 Seiten) unter www.lua.nrw.de oder als attachment von mir.

Umfrage: **Jedes fünfte Kind wegen Allergien beim Arzt**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=8&d=20&id=84350>

Neues Register: **Jährlich erleiden 200 Kinder Schlaganfälle**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=8&d=15&id=84126>

Tabakkonzerne bremsen Anti-Raucher-Kampagnen Studie: Zigarettengigant Philip Morris nutzte Geschäftsbeziehungen zu Pharmaherstellern

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=020814003>

EU-Statistik zu erneuerbaren Energien Luxemburg. Deutschland ist bei den erneuerbaren Energien kein Spitzenreiter in Europa. Nach einer jetzt in Luxemburg veröffentlichten EU-Statistik liegt der EU-Durchschnitt bei sechs Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Die Bundesrepublik liegt weit darunter: Lediglich 2,8 Prozent der Energie kommen aus erneuerbaren Quellen. Spitzenreiter in der Europäischen Union sind Finnland und Schweden mit 23,9 beziehungsweise 30,7 Prozent (germnews, Do, 22.08.2002)

Wohngifte: beeinflussen Schlaf, gefährden die Lunge

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=8&d=13&id=84004>

16. 08. 2002 Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz Pressestelle, Newsletter: StMGEV-Sofort: **84. und 85. BSE-Fall in Bayern bestätigt** <http://www.stmgev.bayern.de>

Computerdüfte für feine Näschen: Den Sommer am PC erschnuppern /

"ComputerPartner": Münchener Firma Comscent plant Gerät, mit dem Computer

Duftnoten per Software ausgeben <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=371249>

(Kommentar Scherrmann: nicht druckreif)

Umweltgefährliche Chemikalien erhalten neues Gefahrensymbol Chemikalien müssen, die mögliche Gefahren für die Umwelt bergen, mit einem eigenen Warnsymbol und dem Wort "umweltgefährlich" gekennzeichnet sein. Bei dem Zeichen handelt es sich um einen toten Fisch und einen abgestorbenen Baum auf orangem Hintergrund. Das Symbol ist EU-weit gültig. <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/chemikalien.shtml>

Erdölförderung macht Ecuadors Ureinwohner krank Für Menschen, die im Umfeld einer der Hunderten von Erdölbohrstellen im ecuadorianischen Amazonasdschungel leben, besteht ein stark erhöhtes Krebsrisiko. Zu diesem Ergebnis kommt eine wissenschaftliche Studie, die Mediziner zwischen 1999 und 2001 vor Ort gemacht haben. (Quelle, ots)

08.2002: Krebsgefahr: Passivrauchen kann Katzen töten Nicht nur Menschen, auch Haustiere sind durch Passivrauchen gefährdet. Katzen mit qualmenden Herrchen erkranken, so eine US-studie <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-207761,00.html>

Pflanzenschutzmittel: 320 Wirkstoffe verschwinden vom Markt Bis Ende nächsten Jahres werden europaweit 320 Wirkstoffe für Pflanzenschutzmittel vom Markt verschwinden. Die Substanzen sind nie auf ihre Verträglichkeit getestet worden

http://www.vistaverde.de/news/Wissenschaft/0207/31_pflanzenschutz.htm

Giftige Schlappen: Badeschuhe enthalten bedenkliche Schadstoffe

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=7&d=30&id=83306>

Aerztezeitung, 29. 07. 2002: Einen **Ratgeber zu Feuchtigkeit und Schimmelbildung in Wohnräumen** hat die Verbraucher-Zentrale Hessen jetzt in 10. Auflage herausgegeben. (www.aerztezeitung.de)

Die Veröffentlichung der sog. **MCS-studie**, (die vom RKI koordiniert wurde) - durch das UBA - war fuer diesen Sommer geplant. Ich habe nun vor kurzem erfahren, dass sie erst nach der Wahl veroeffentlicht werden soll. **Kommentar Scherrmann**: Alle, die sich im Vorfeld mit der Studie beschaeftigten, sind natuerlich neugierig, a) warum die Studie noch nicht veroeffentlicht wurde,, b) zu welchen Ergebnissen die Studie kam,, c) welche Konsequenzen aus ihr gezogen werden. Ich wuerde mich sehr freuen, wenn ich meine Bedenken, die ich bzgl. dieser Studie hatte, revidieren muesste.

DER SPIEGEL: Titelgeschichte, **Das Zappelphilipp-Syndrom**, Nr. 29/15.07.02 Mein Leserbrief zum Artikel wurde - natuerlich - nicht gedruckt. Wenn Sie die beiden weiter unten angegebenen Artikel als Word-dokument lesen wollen, schicken Sie mir bitte eine private email.

Leserinbrief: Ich frage mich, wann im Zusammenhang mit Lern-, Konzentrations-, IQ-minderung, Aggressionszunahme, ADS und vielem anderem, auch ueber den Einfluss von Schadstoffen (aller Art) nachgedacht und in die "Therapie"-Ueberlegungen miteinbezogen wird.

In der Literatur (siehe z. B. unten) wird seit langem beschrieben, dass Blei im Wasser, Holzschutzmittel in den Wohnungen, PCB und Dioxine in den Fugen von Schulgebaeuden, Quecksilber in den Zaehnen, Weichmacher in Kinderspielzeug, Chemikalienmixturen in Wasch-, Putzmittel, Kosmetika, Feinstaeuben, Verbrennungsprodukten etc. etc. die in der Titelgeschichte beschriebenen Verhaltensauffaelligkeiten (und weitere gesundheitliche Schaedigungen in allen Organsystemen) verursachen koennen.

Es ist fuer mich nicht mehr nachvollziehbar, warum bei der Anamnese von Kindern mit ADS nicht auch der moegliche Schadstoffinput hinterfragt wird, denn Kinder, deren Schadstoffbelastung (bzgl. Chemikalien, Laerm und elektromagnetischer Strahlung) sorgfaeltig untersucht und anschliessend - so weit als irgend moeglich - vermindert wird, haben gute Chancen, konzentrationsfaehiger zu werden und sich wohlzufuehlen.

Ich denke, es ist schon laengst ueberfaellig, auch in der BRD ueber die Rolle von Neurotoxinen nicht nur im Zusammenhang mit ADS sondern auch im Zusammenhang mit der PISA-studie, der zunehmenden Gewaltbereitschaft und vielen anderen Problemen unserer Gesellschaft zu diskutieren und endlich anzufangen, auf vielen Gebieten Konsequenzen aus dem schon vorhandenen Wissen zu ziehen. Waere es fuer den SPIEGEL nicht eine grosse Herausforderung und eine echte Pionierarbeit, einiges dazu beizutragen, dass diese Diskussion endlich auch in Deutschland in Gang kommt?

Literatur (u. v. a.):

- Rachel's Environment & Helth Weekly (REHW) # 712, November 23, 2000, Gefaehrdete Kinder, Von Rachel Massey, , Original, in englisch:

- Wolfgang Krug, Kinderhirn in Not - **Gefaehrdeten Chemikalien, Radioaktivität und Mobilfunk die Intelligenz unserer Kinder?** Frankfurt/Main 2008:www.safer-world.org/d/lit/kinderhirn.pdf

CHEMIKALIEN - AMALGAM

Ausfuehrliche Stellungnahme des Vorsitzenden des Deutschen Berufsverbands der Umweltmediziner, Dr. Kurt E. Müller, auf die jüngste Desinformationsschrift zu Amalgam des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift für Umweltmedizin 3/2002, S. 128-133. Sie koennen die Stellungnahme auch per privater email von mir erhalten.

CHEMIKALIEN - ENDOKRIN WIRKSAME SUBSTANZEN (EDCs)

Gefahr von toxischen Substanzen in der Umwelt steigt. UN-Studie nach Ansicht von Experten mangelhaft

Genf/London (pte, 12. Aug 2002) - Nach einer heute, Montag, veroeffentlichten Studie der UNO-Gesundheitsorganisation WHO <http://who.int> , die nach Ansicht von Wissenschaftlern und Forschern verschiedener Umweltschutzorganisationen lueckenhaft ist, wird vor der Gefahr von endokrin wirksamen Substanzen (EDCs) gewarnt. Die Studie spricht davon, dass die bekannten Wirkungen auf die Umwelt weitreichend sind, aber weitere Untersuchungen folgen muessen, berichtet BBC-online.

Die Umweltbelastung durch endokrin wirksame Substanzen ist in den letzten Jahren veraerklicht in der oeffentlichen Diskussion. Nicht nur durch Menschen und Tiere ausgeschiedene

Steroidhormone wie zum Beispiel Östradiol, Östron, Östriol und Kontrazeptiva, sondern auch Industriechemikalien können unerwünschte Wirkungen auf das endokrine System ausüben. Studien haben einen Zusammenhang zwischen dem Vorkommen östrogen wirksamer Substanzen und Störungen der Geschlechtsdifferenzierung und Reproduktion bei aquatischen Organismen aufgezeigt. Doch nicht nur Wasserlebewesen sind von den Substanzen betroffen. Nach Ansicht der WHO-Wissenschaftler gibt es auch Zusammenhänge zwischen erhöhten EDC-Werten und Gesundheitsstörungen bei Menschen wie etwa Entzündungen der Gebärmutter Schleimhaut, verfrühte Pubertät, Immunsystem-Störungen und verschiedene Arten von Karzinomen insbesondere Brust-, Hoden-, Prostata-, Gebärmutter- und Schilddrüsenkrebs. Eine Reihe von Studien hat auch eine Abnahme der Zahl von Spermien und Verschlechterung der Spermienqualität bei Männern ergeben. Bei Tieren wurde eine Reihe von Problemen durch EDCs festgestellt. Beispiele sind das Verschwinden großer Populationen der Ostsee-Seehunde durch zu große Belastungen von PCB und DDE und die zerbrechlichen Eischalen von Raubvögeln durch das Insektizid DDT. In Florida sind Alligator-Populationen durch die Einbringung von Pestiziden stark zurückgegangen. Umweltschützer meinen, dass diese Beispiele genug Gründe bieten, um auch auf die Gefahr für den Menschen hinzuweisen. Auch Mediziner warnen vor den Gefahren der Umweltgifte. "Es wird immer deutlicher, dass viele der großen Gesundheitsprobleme in der westlichen Welt auf Hormonstörungen zurückzuführen sind", so Richard Sharpe von der UK Society for Endocrinology. "Vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, dass verschiedene Umweltgifte diese Situation verschärfen können", so der Mediziner.

Weitere Informationen: http://www.who.int/pes/emerg_site/edc/pub_notice.html
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=020812041>

FLUTKATASTROPHE

Klimaforscher zum Unwetter: "Warnschuss vor den Bug"

In den schweren Regenfällen der letzten Tage sehen Experten Anzeichen eines gravierenden Wetterwandels. Womöglich sind die Unwetter nur eine Kostprobe des künftigen Klimas.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,druck-209453,00.html>

Unwetter und Treibhauseffekt: Zusammenhang nicht bewiesen

Hamburg (ots) - Für die Unwetterkatastrophen der vergangenen Wochen wird häufig der vom Menschen verursachte Treibhauseffekt verantwortlich gemacht. Hans-Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) in der ZEIT: "Kein Klimaforscher kann Ihnen sagen: Dieses spezielle Ereignis ist eine Folge der globalen Erwärmung." ... aus DIE ZEIT, 15.08.2002

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmid=9377>

Kommentar Scherrmann: Ich denke, das Bewusstsein fuer die menschengemachten Klimaprobleme hat sich hierzulande in den letzten beiden Wochen etwas gewandelt. Ebenfalls geaendert hat sich das Bewusstsein fuer notwendige Praeventions-Massnahmen. Typisch jedoch ist, dass die Zusammenhaenge von vielen Wissenschaftlern immer noch ignoriert werden. Ich denke, ob die Klimaveraenderungen nun 10 % oder 70 % menschengemacht sind, ist ein "Streit um Kaisers Bart". Der Mensch kann NUR den menschlichen Input beeinflussen, also die durch Menschen verursachten Emissionen verringern bzw. nicht noch weiter vergroessern.

Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe kommen mir auch folgende Gedanken: Bei der Flutkatastrophe geht es zunaechst um entstandene finanzielle Probleme der Betroffenen (meist Privatpersonen, aber auch Firmen, Kommunen, Laender, ...), die sich in Zukunft auch auf die Lebensqualitaet eines Teils der betroffenen Bevoelkerung auswirken koennen.

Wie das Wasser sich ausbreitete und noch ausbreitet, ist sichtbar. Sichtbar sind auch die entstandenen Wasser- und Schlammschaeden.

Sich ausbreitende Luftschadstoffe sind mit dem blossen Auge selten und Strahlungen ueberhaupt nicht zu sehen. Im allgemeinen gibt es keine sofortige Reaktionen. Es fallen nicht zig- tausend Menschen gleichzeitig tot oder schwer krank um. Die Schaedigungen (bzgl. Gesundheit, Genen, Wirtschaft) sind hier viel subtiler. Die Zusammenhaenge zwischen Schadstoffen und gesundheitlichen Schaedigungen lassen sich nach einiger Zeit kaum mehr herstellen. Ausserdem: damit die Zusammenhaenge zwischen Schadstoffbelastung, gesundheitlichen Schaeden und finanziellem Elend nicht offen zu sehen sind, wird relativ viel Geld und Lobby-arbeit investiert.

Hoffen wir, dass den durch die Flut geschädigten Menschen rasch geholfen wird.
Hoffen wir aber auch, dass Prävention in allen Bereichen unseres Lebens in Zukunft eine
grössere Rolle spielt.

"Untergang" verfehlter Hochwasserpolitik / WWF: Schäden nach Überschwemmungen sind die Konsequenzen einer verfehlten Hochwasserpolitik und des fortschreitenden Klimawandels

Rastatt / Frankfurt a. M.(ots) - Die aktuellen Flutkatastrophen sind nach Einschätzung des WWF ein "Vorgeschmack" auf den sich abzeichnenden Klimawandel. Die Naturschutzorganisation fordert eine Doppelstrategie, um die Folgen der Unwetter zu begrenzen. Zum einen gelte es auf politischer Ebene den Druck zu erhöhen, um den Ausstoß an Klimagasen schneller zu verringern. Gleichzeitig sei der Abschied von einer verfehlten Hochwasserpolitik überfällig. Massive Fehler in der Bauleitplanung und der Landnutzung sowie unentschuldbare Versäumnisse im Hochwasserschutz haben die katastrophalen Folgen der Regenfälle mitverursacht.

Der WWF hält es für einen Fehler, die aktuellen Schäden allein auf die ungewöhnlich heftigen Regenfälle zurück zu führen. "Bachtäler wurden verbaut, Gebirgstäler den Skipisten geopfert, natürliche Überflutungsgebiete für Landwirtschaft, Siedlungen und Sportanlagen trocken gelegt", beschreibt Prof. Dr. Emil Dister, Leiter des WWF-Auen-Instituts einige Ursachen. "Die Politik hat den Hochwasserschutz seit einiger Zeit von der Dringlichkeitsliste gestrichen," so Dister. Der Wissenschaftler macht hierfür insbesondere die Bundesländer verantwortlich. Hessen lehne es sogar ab, Hochwasser Rückhalteflächen für den Rhein zur Verfügung zu stellen. Auch an der deutschen Oder sei nach dem Hochwasser von 1997 kein einziger zusätzlicher Kubikmeter an Rückhaltevolumen gewonnen worden. Die Wasserrahmenrichtlinie der EU sei zwar im Prinzip zu begrüßen, allerdings spiele der Hochwasserschutz darin keine entscheidende Rolle.

Der WWF fordert die sofortige Ausweisung von Überschwemmungsgebieten an Bächen und Flüssen. Überdies müsse ein Maximum an Flächen für den Hochwasserschutz und die Auen-Renaturierung bereitgestellt werden. Der Rückverlegung von Deichen an geeigneten Stellen sei Vorrang vor technischen Lösungen einzuräumen. Technisch steuerbare Hochwasserretentionsräume sollten auf ökologisch unempfindliche Flächen beschränkt werden. Eingriffe in die Landschaft wie Flächenversiegelung, Flurbereinigungen und Gewässerbegradigungen müssen auf ihre abflußverschärfende Wirkung überprüft und gegebenenfalls untersagt werden. "Ein umweltverträglicher Hochwasserschutz muß auch gegen Partikularinteressen durchgesetzt werden," betont Emil Dister. Alle bestehenden Hochwasserschutzkonzepte müssen angesichts der klimatischen Veränderungen neu auf den Prüfstand.

Durch die jüngsten Unwetter rückt auch die internationale Klimapolitik verstärkt in den Blickpunkt. Der WWF geht davon aus, dass nicht nur Hochwasser zunehmen, sondern auch Stürme, Regenfälle und Dürren immer verheerender werden. "Der Klimawandel ist schneller als die Politik", beklagt Regine Günther, Leiterin des Referats Energiepolitik und Klimaschutz beim WWF Deutschland. Die Auswirkungen zeigen sich nicht nur in Europa. Besonders den Süden dürfte es in Zukunft hart treffen. Erschwerend kommt hinzu, dass in diesen Ländern oft Infrastruktur und finanzielle Mittel fehlen, um den zunehmenden Naturkatastrophen zu begegnen.

Die sozialen und ökonomischen Folgeschäden sind schon jetzt dramatisch. Die Münchner Rückversicherung rechnet vor, dass die Folgekosten von Naturkatastrophen in der Zeit von 1970 bis 2000 um das fünffache gestiegen sind. In den 50er Jahren zählte man noch vierzehn wetterbedingte Katastrophen, in den 90er Jahren waren es bereits siebzig. Im gleichen Zeitraum ist die weltweite Durchschnittstemperatur messbar gestiegen.

"Der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt in den Industrieländern. Deshalb fordert wir eine international Klimastrategie mit klaren und ehrgeizigen Zielen zur Verminderung des Kohlendioxidausstoßes", so Regine Günther. "Wir müssen heute in erneuerbare und effizientere Energien investieren, nur dann können wir die Schäden von morgen begrenzen."

Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfügung.
/story.htx?firmaid=6638](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung./story.htx?firmaid=6638)

Weitere Informationen: Regine Günther,, Referat Klimaschutz und Energiepolitik,, Tel. 069 / 791 44 177, Prof. Dr. Emil Dister, WWF-Auen-Institut, Tel.: 0179 457 14 61, Jörn Ehlers, Pressestelle WWF Deutschland, Tel.: 0 69/7 91 44-1 45, Fax: -1 16

=====
esmog augsburg: RUNDSCHREIBEN vom 30.07.02

Hallo,

erneut sind seit unserem letzten Newsletter einige Wochen ins Land gezogen und es hat sich natürlich auch bezüglich des schrecklichen Umweltproblems Mobilfunk wieder einiges getan. Details wie immer im Internet unter <http://www.esmog-augsburg.de> . Klicken Sie dort z.B. einfach auf den Menüpunkt "Was ist neu?"

---1--- Bayern: Mobilfunkpakt gescheitert, Erfreulich: Der mobilfunkbetreiberfreundliche Umweltminister Schnappauf erleidet eine Schlappe durch die Kommunen, die seine wahltaktischen Manöver gegen verantwortungsbewusste Mobilfunkkritiker nicht mehr unterstützen.

---2---Spanien 2002: Nur 20% der Mobilfunkanlagen wurden genehmigt. Die örtlichen Verwaltungen haben mit ihren strengen Auflagen Erfolg! In Spanien hat inzwischen der Widerstand der Bevölkerung gegen Mobilfunksendeanlagen offensichtlich ein viel stärkeres und damit erfolgreicherer Ausmaß als bei uns erreicht.

---3--- Österreichische Umweltlandesräte: Zunehmende Beschwerden über negative gesundheitliche Auswirkungen Die Umweltlandesräte verlangen jetzt endlich Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung.

---4---Augsburger Hessing-Klinik (1). Ein Augsburger Krankenhaus ist offenbar auf dem Weg, einen traurigen Rekord aufzustellen: Soll die höchste Anzahl von Sendemasten auf einem Gebäude, das eigentlich der Gesundheit dienen sollte, erreicht werden ? Der sechste Mast wurde vor kurzem errichtet ...

---5---Augsburger Hessing-Klinik (2) . Was sich die Zeitschrift "Öko-Test" in ihrer aktuellen Ausgabe dabei denkt, gerade diese Klinik unter die deutschlandweit besten 50 Adressen der Kliniken für Orthopädie gerade für Menschen des "Typs Alternativmedizin" (Zitat: "... legen viel Wert auf .die Ökologie des Hauses ...") zu setzen, bleibt uns ein riesengroßes Rätsel !!! (Heft 8/2002)

---6---Speichersdorf: 4 Leukämiefälle bei Kindern. Blutkrebs bei Kindern in der Nähe von Mobilfunksender im Kirchturm

---7---Neusäß bei Augsburg.: Schwere Erkrankungen in der Nähe von Mobilfunksender u.a. ein kürzlich geborenes Kind hat mehrere Herzfehler, verwachsene Nasenlöcher, eine Missbildung am linken Ohr, eingeschränkte Sehfähigkeit durch eine Fehlbildung der Iris, verzögertes Wachstum. Auch bei weiteren Kindern in der nahen Umgebung werden Gesundheitsstörungen beobachtet ...

---8---"Verwandtschaft". Beim Blick auf Mobilfunksendemasten übersieht man häufig, dass verwandte Funktechniken bzw. -geräte immer stärker in unseren Haushalte und Betriebe Einzug halten. Auch wenn die Sendeleistungen oft erheblich niedriger liegen: Durch die Nähe zur Strahlungsquelle kann die Wirkung trotzdem oft hochwirksam und viel verheerender sein. Insbesondere handelt es sich um DECT-Anlagen (Schnurlostelefone für Zuhause), Funktastaturen und -mäuse für Computer, W-LANs (kabellose Computernetzwerke), alle Geräte mit der "Bluetooth"-Technik, ... Besondere Vorsicht ist immer angebracht, wenn (beim beabsichtigten Kauf) mit "modernster Funktechnologie" geworben wird. Wir empfehlen Ihnen dringend: Finger weg davon !!

Herzlichen Gruß esmog augsburg, Bürgervereinigung zum Schutz der Menschen vor den Gesundheitsrisiken des Mobilfunks. E-Mail info@esmog-augsburg.de , Homepage <http://www.esmog-augsburg.de>

GREENPEACE

Bundesweiter Greenpeace-Protest gegen ESSO, Hamburg (ots) - "Testurteil: Besonders verantwortungslos". Das steht auf überdimensionalen Urkunden, die Greenpeace-Aktivisten heute in 18 Städten vor ESSO-Tankstellen präsentieren. Unter anderem in Aachen, Augsburg, Bremerhaven und Dresden demonstrieren Greenpeace-Mitglieder gegen ESSO und seine umweltzerstörende Geschäftspolitik. Die Aktivisten verteilen Flugblätter, informieren Passanten und sammeln Unterschriften von Menschen, die mehr Verantwortung von ESSO für den Umweltschutz fordern. "Es ist ein Skandal, wie sich ESSO gegen den Klimaschutz sperrt. Deswegen verleihen wir ESSO das Prädikat ‚besonders verantwortungslos,‘" sagt Jörg Feddern, Ölexperte von Greenpeace.

ESSO erwirtschaftet über 90 Prozent seiner Gewinne durch den Verkauf fossiler Energien, wie Öl und Gas. Dadurch ist der Konzern wesentlich am bedrohlichen Klimawandel beteiligt. ESSO untergräbt zudem systematisch alle internationalen Anstrengungen, die Klimaerwärmung in den Griff zu bekommen. So trägt der Konzern durch seine Lobbyarbeit maßgeblich dazu bei, dass sich US-Präsident George W. Bush bis heute weigert, das internationale Klimaschutzabkommen, das Kyoto-Protokoll, zu ratifizieren. "Es ist an der Zeit, dass globale Konzerne wie ESSO endlich auch globale Verantwortung übernehmen. Gewinnmaximierung darf nicht auf Kosten von Mensch und Natur gehen," sagt Feddern.

Ein weiteres Beispiel für die Verantwortungslosigkeit von ESSO ist das Verhalten des Konzerns beim Tankerunglück der ‚Exxon Valdez‘ 1989. Die von einem US-Gericht auf ursprünglich 5 Milliarden US-Dollar festgesetzte Strafzahlung hat ESSO in langjährigen Prozessen immer wieder angegriffen. Das Verfahren läuft, der Konzern bietet den Betroffenen 20 Millionen US-Dollar Entschädigung. Das sind 0,4 Prozent der eigentlichen Strafzahlung. Greenpeace fordert Esso auf, in erneuerbare Energien zu investieren und so Verantwortung für die Umwelt zu übernehmen. Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg müssen Politiker im August dafür sorgen, dass künftig Großkonzerne länderübergreifend für ihre Umweltverbrechen zur Verantwortung gezogen werden können. Greenpeace-Kampagnen gegen die Konzernpolitik von Esso laufen zur Zeit weltweit. Internet: www.greenpeace.de.

Greenpeace fordert internationales Umwelthaftungsrecht / Studie belegt: Globale Konzerne bleiben bei Umweltverbrechen straffrei Hamburg (ots) - Internationale Konzerne kommen bei schweren Umweltverbrechen noch immer straffrei davon. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Greenpeace heute in Hamburg veröffentlicht hat. Das 150 Seiten starke Dokument listet eine Reihe von Umweltstraftaten und Unfällen besonders gefährlicher Industrien auf, wie Chemie, Gentechnik, Öl, Atomkraft, Schiffsrecycling und Bergbau. Bei allen 41 weltweit dokumentierten Fällen verursachten Konzerne schwere Schäden für Umwelt und Menschen. In den meisten Fällen wurden die Unternehmen dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Greenpeace fordert deshalb ein internationales Umwelthaftungsrecht. Das Beispiel eines schweren Giftunfalls in Osteuropa vor zwei Jahren zeigt, wie dringend eine internationale Regelung für Umwelthaftung erforderlich ist. In Rumänien waren im Januar 2000 aus einem Gold produzierenden Betrieb hochgiftige Zyanide in den Fluss Theiss gelangt. Daraufhin war der Fluss auf einer Länge von 700 Kilometern über Ländergrenzen hinweg bis nach Ungarn schlagartig biologisch tot. Der Verursacher, die australische Firma Esmeralda, zahlte keine Entschädigung. "Es kann nicht sein, dass eine australische Firma von Rumänien aus in Ungarn einen ganzen Fluss vergiftet, und niemand dafür gerade steht", sagte Andreas Bernstorff, Greenpeace-Sprecher und Mitautor der Studie. Bisher können globale Konzerne für die von ihnen verursachten Umweltschäden jenseits der Grenzen ihres Herkunftslandes nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Schäden werden, wenn überhaupt, mit Mitteln des Opferlandes behoben. Entweder haben Ausländer keinen Zugang zu Gerichten im Verursacherland, oder Verbrechen im Ausland sind zu Hause nicht strafbar, oder Staatsanwaltschaften kooperieren nicht. Alle Faktoren zusammen machen einen Schadensausgleich oftmals unmöglich.

Auch deutsche Unternehmen sind in der Studie erwähnt. Der Chemiekonzern Bayer ist für den Tod von 26 Kindern in den peruanischen Anden mitverantwortlich. Dort war 1999 ein unzureichend gekennzeichnetes Pestizid versehentlich der Schulmilch beigemischt worden. Bernstorff: "Unternehmen in westlichen Industrieländern müssen die dort geltenden Umweltstandards auch bei ihren Geschäften in anderen Ländern einhalten. Dass globale Konzerne schwächere Umweltvorschriften in ärmeren Ländern zur Kostensenkung und Gewinnsteigerung missbrauchen, muss aufhören."

Greenpeace fordert bis zum Jahr 2005 eine globale Rahmenvereinbarung für ein Umwelthaftungsrecht. Die Bundesregierung muss das Thema auf dem Weltgipfel in Südafrika zur Sprache zu bringen. Der UN-Gipfel findet Ende des Monats in Johannesburg statt, über 170 Teilnehmerstaaten werden erwartet.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> [URL steht nicht mehr zur Verfügung](http://www.greenpeace.de/story.htx?firmaid=6343) / [/story.htx?firmaid=6343](http://www.greenpeace.de/story.htx?firmaid=6343) Achtung Redaktionen: Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Weltgipfel-Experte Andreas Bernstorff, Tel: 0171-8780838 oder Pressesprecher Björn Jettka, Tel: 0171-8780778. Die Studie können Sie beziehen unter 040-30618357. Internet: www.greenpeace.de

=====

RECHT

LSG NRW, Urteil vom 08.08.2002 - L 7 SB 70/02: Bei Gesundheitsstörungen, deren tatsächliche Auswirkungen erst nach Ablauf einer längeren Zeit festgestellt werden können, z.B. nach Operationen oder bei chronischen langwierigen Erkrankungen, die zu Rezidiven neigen oder bei denen die volle Belastbarkeit schrittweise erreicht wird, kann eine Höherbewertung des GdB unter dem Gesichtspunkt der Ungewissheit des Krankheitsverlaufes für die Zeit der sog. Heilungsbewährung erfolgen. Dies gilt insbesondere bei malignen Geschwulstkrankheiten. Nach Ablauf dieser Heilungsbewährung ist eine Herabsetzung des GdB - als wesentliche Änderung i.S.d. § 48 SGB X - rechtlich zulässig.

=====

VERSICHERUNGEN

Jeder vierte Arbeitnehmer berufsunfähig Hannover (ots) - Kundenfreundliche Policen schützen vor finanziellem Absturz Über 200.000 Arbeitnehmer müssen jedes Jahr aus gesundheitlichen Gründen ihren Job aufgeben - Tendenz steigend. Die Hauptursachen sind Rücken- und Gelenkschmerzen, Nervenprobleme sowie Herz-/Kreislaufkrankungen. Verkannt wird oftmals, dass die verminderte Erwerbsfähigkeit ein harter Einschnitt in die persönliche finanzielle Situation ist. Nach dem neuen Gesetz ist die Erwerbsminderungsrente 10,8 Prozent niedriger als die bisherige Erwerbsunfähigkeitsrente, wenn die Rente vor dem 60. Lebensjahr beginnt. Außerdem zahlen die Rentenkassen nur noch die volle Rente, wenn der Betroffene nur noch weniger als 3 Stunden täglich arbeiten kann und außerdem kann auf jede andere zumutbare Tätigkeit verwiesen werden - unabhängig von der Berufserfahrung oder Ausbildung des Betroffenen.

Privatvorsorge muss also sein. Eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ) bietet ausreichend Schutz vor einem wirtschaftlichen Desaster - wenn sie im Ernstfall auch zahlt. Deshalb sollte bei der Auswahl gelten: Nicht nur billig, sondern gut! Die Zeitschriften FINANZtest und Geldidee haben die neu konzipierte Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung Comfort-BUZ der Hannoversche Leben mehrfach mit "gut" und "hervorragend" beurteilt. Die Pluspunkte: Die Comfort-BUZ wurde gemeinsam mit Verbraucherschutzorganisationen entwickelt. Um im Falle der Erwerbsminderung den Leistungsanspruch zu prüfen, kann der Antrag beispielsweise dem Bund der Versicherten e.V. (BdV), Verbraucherzentralen und Beratern des Bundesverbands der Versicherungsberater vorgelegt werden. Die Kosten werden bis zu 375 Euro erstattet. Auch die Kosten für eine neutrale Bedarfsanalyse durch eine Verbraucherzentrale können in bestimmter Höhe bis zu 25 Euro verrechnet werden. Damit ist die Hannoversche Leben der erste deutsche Lebensversicherer, der aktiven Verbraucherschutz in dieser Form praktiziert.

URL steht nicht mehr zur Verfügung

(**Kommentar Scherrmann:** Info hier wegen der Hintergrundinformation, bitte nicht als Reklame fuer die oben genannte Versicherung verstehen.)

POLITIK - BEHOERDEN

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz Bayern untersucht Belastung von Trinkwasser durch Antibiotika

Das Bayerische Gesundheitsministerium hat eine Studie in Auftrag gegeben, mit der untersucht werden soll, ob das Trinkwasser in Bayern mit Rückständen von Antibiotika belastet ist. Dies teilte Gesundheitsminister Eberhard Sinner heute in München mit. Sinner: "Reines Trinkwasser ist unser kostbarstes Lebensmittel. Schon jetzt wird es einer intensiven mikrobiologischen und chemischen Qualitätskontrolle unterzogen. In letzter Zeit mehrten sich jedoch Erkenntnisse, dass unter anderem über Abwässer Arzneimittel in die Umwelt gelangen, die möglicherweise auch das Trinkwasser belasten können. Ein besonderes und bislang wenig beachtetes Problem stellen dabei die bei Mensch und Tier breit angewendeten Antibiotika dar. Eine unspezifische Verbreitung solcher hoch wirksamen Substanzen über das Trinkwasser würde das wachsende Problem der Verbreitung antibiotikaresistenter Keime erheblich verschärfen."

Hier müssten rasch belastbare Erkenntnisse gewonnen werden, um das Risiko analysieren und gegebenenfalls bei der Trinkwasseraufbereitung Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, so der Minister weiter. Dies sei Ziel der Studie. Die Studie wird vom Walther-Straub-Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Medizinischen Fakultät in Zusammenarbeit mit dem Institut für Pharmakologie, Toxikologie und Pharmazie der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt werden. Zusammen mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und den kommunalen Gesundheitsbehörden werden Trinkwasserproben aus ganz Bayern auf eine Auswahl wichtiger Antibiotika und deren Abbauprodukte untersucht. Erste Ergebnisse werden im Frühjahr 2003 erwartet.

<http://www.stmgev.bayern.de>

Kommentar Scherrmann: Auch wenn vorauszusehen ist, dass auch hier die uebliche endlose Diskussion um Grenzwerte entstehen wird, ist es meines Erachtens wichtig, dass die Politik das Problem ueberhaupt mal wahrnimmt. Hoffen wir, dass in nicht zu ferner Zukunft, Konsequenzen gezogen werden sowohl in der Human- als auch vor allem in der Tiermedizin.

BUNDESTAG

Berlin:Fr, 02.08.2002 Verbraucherschutz/Antwort

GENTECHNIK-POTENZIAL MIT BLICK AUF ERGEBNISSE DES ERNÄHRUNGSGIPFELS AUSLOTEN

Im Hinblick auf die wachsende Weltbevölkerung und die knapper werdenden, für die Ernährung benötigten Ressourcen, wird nach Ansicht der Bundesregierung das Potenzial der Gentechnik entsprechend der Ergebnisse des Welternährungsgipfels der Vereinten Nationen auszuloten sein.

Erprobte und bewährte Technologien sollten auf sichere und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Weise eingeführt werden, heißt es in der Antwort der Regierung (14/9827) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (14/9729).

Die Regierung unterstütze viele Entwicklungsländer im Rahmen des Cartagena-Protokolls über biologische Sicherheit beim Aufbau der Kapazitäten, um die Gentechnik selbstbestimmt und sicher nutzen zu können.

Laut Antwort muss die Wahlfreiheit der Verbraucher für oder gegen den Verzehr gentechnisch veränderter Lebensmittel durch umfassende und praktikable Kennzeichnungsvorschriften gewährleistet werden. Dies gelte auch dann, wenn sich kein gentechnisch verändertes Material mehr im Endprodukt nachweisen lässt.

Nach Ansicht der Regierung ist die Einhaltung anspruchsvoller Lebensmittelstandards auch für die Entwicklungsländer erforderlich. Man müsse diese durch finanzielle und technische Hilfe in den Stand versetzen, diese Standards zu erfüllen.

Sie weist weiter darauf hin, dass aus Drittstaaten in das Hoheitsgebiet der EU importierte Lebensmittel hinsichtlich ihrer Gehalte an Rückständen den einschlägigen gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben sowie den nationalen Vorschriften der Mitgliedstaaten entsprechen müssen.

Insbesondere für Lebensmittel tierischer Herkunft gebe es detaillierte Bestimmungen und auch für sie gelte das Lebensmitteletikettierungsrecht der EU.

Die agrarexportierenden Entwicklungsländer würden durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert, sich die notwendige Technologie und die notwendigen Kenntnisse zur Erfüllung der gesetzten Standards der Lebensmittelproduktion anzueignen.

Bilaterale und überregionale Projekte konzentrierten sich dabei unter anderem auf das Zusammenbringen der verschiedenen Akteure aus Regierung und Privatwirtschaft, die Beseitigung von Informationsdefiziten und den Aufbau von Kontrollsystemen.

Kommentar Scherrmann: Interessant in diesem Zusammenhang ist, wie hier mit dem Begriff "erprobte und bewährte Technologien" umgegangen wird. Wer sich nur ein wenig mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat, weiss dass diese Technologien keineswegs erprobt und bewährt sind.

=====

BgVV

Sauberkeit im Haushalt: Hygiene ja, Desinfektion nein!

Neues BgVV-Merkblatt enthält Verbraucher-Tipps zu Lebensmittelhygiene, Reinigung und Desinfektion "Nicht nur sauber, sondern rein!" - Wer kennt ihn nicht, diesen viel strapazierten Werbeslogan und Appell an das Gewissen der deutschen Hausfrau. Küche und Bad, Kleidung und am besten auch Lebensmittel müssen "porentief rein" sein, will sie die Gesundheit ihrer Lieben nicht mutwillig aufs Spiel setzen - so jedenfalls wird es suggeriert. "Saubere genügt" meint dagegen das BgVV und weist in einem neuen Merkblatt darauf hin, dass in den Haushalt Reinigungsmittel, aber keine Desinfektionsmittel gehören. Während die Reinigung dazu dient, "Schmutz" zu entfernen und die Zahl der Mikroorganismen zu reduzieren, sollen mit einer Desinfektion Krankheitserreger beseitigt und die Ausbreitung von Keimen gestoppt werden. Das betrifft nicht nur die krankmachenden, sondern auch die gesundheitlich unbedenklichen Keime, und die braucht der Mensch, um seine Abwehr zu trainieren. Anders sieht es im medizinischen oder gewerblichen Bereich und bei der industriellen Herstellung von Lebensmitteln aus. Dort existieren meist spezifische Anweisungen zur Reinigung und Desinfektion, um eine Kontamination mit Keimen und ihre Verbreitung zu verhindern.

Das Merkblatt "Verbrauchertipps zu Lebensmittelhygiene, Reinigung und Desinfektion" ist kostenlos erhältlich. Es kann schriftlich in der Pressestelle des BgVV angefordert oder unter dem Punkt "Publikationen/Merkblätter für Verbraucher" auf der Homepage des Instituts (www.bgvv.de) eingesehen werden.

Weitere Informationen zum Thema: "Verbrauchertipps zu Lebensmittelhygiene, Reinigung und Desinfektion" <http://www.bgvv.de>

14. August 2002 **Aktionswert: Ein erster Schritt in Richtung einer drastischen Reduzierung von Acrylamid in Lebensmitteln. BgVV fordert die Hersteller auf, die Gehalte schnellst möglich weiter zu senken** Wissenschaftlich fundierte Höchstmengen für Acrylamid in Lebensmitteln können nach Ansicht des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgesetzt werden. Das Institut empfiehlt aber die Einführung eines "Aktionswertes" von 1000 Mikrogramm Acrylamid pro Kilogramm Lebensmittel als einen ersten Schritt in Richtung einer weiteren drastischen Reduzierung. Ziel ist es, den Acrylamidgehalt so weit wie möglich zu senken. "Acrylamid ist eine Substanz, die wahrscheinlich auch beim Menschen Krebs auslösen und das Erbgut schädigen kann" so Dr. Dieter Arnold, Leiter des BgVV. "Wir halten die Acrylamid-Aufnahme über Lebensmittel für bedenklich und fordern die Hersteller deshalb nachdrücklich auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Gehalte so schnell und so weit wie möglich zu senken". Die Tatsache, dass Verbraucher möglicherweise bereits seit Jahren hohe Mengen an Acrylamid über Lebensmittel aufgenommen haben, macht es erst recht notwendig, das Problem rasch und notfalls stufenweise zu lösen.

Acrylamid ist ein "Baustein" von Kunststoffen. Unter bestimmten Bedingungen entsteht die Substanz (ohne dass sie von außen zugesetzt würde) aber auch bei der Herstellung von Lebensmitteln im gewerblichen und privaten Bereich. Zum Teil sehr hohe Acrylamidgehalte von über 3000 Mikrogramm pro Kilogramm ließen sich in sehr stark erhitzten kohlenhydrathaltigen Lebensmitteln nachweisen. In Gemüse, Obst und Fleisch sowie in gekochten oder gedünsteten Lebensmitteln wurde Acrylamid dagegen nicht nachgewiesen. Zwar gibt es mittlerweile Hinweise auf Faktoren, die an der Acrylamidbildung beteiligt sind, aufgeklärt ist der Entstehungsmechanismus aber nach wie vor nicht.

Der jetzt vom BgVV empfohlene Aktionswert soll den Verbraucher kurzfristig vor Acrylamid-Spitzenbelastungen schützen, indem er die Industrie zum Handeln auffordert und der amtlichen Lebensmittelüberwachung der Bundesländer die Möglichkeit zur Intervention bietet, bis eine wissenschaftlich fundierte Ableitung von Höchstmengen möglich ist. "Betroffen" von dem Aktionswert sind vor allem einzelne Produkte aus der Gruppe der Kartoffelchips, in geringerem Ausmaß aber auch anderer Knabberartikel und Kekse. Das BgVV ist sich der Tatsache bewusst, dass ein solcher Aktionswert nur ein erster Schritt in Richtung einer drastischen Reduzierung der Acrylamidgehalte sein kann, weil er wichtige Quellen der Belastung nicht erreicht. Dazu zählen zum Beispiel Produkte, die im privaten Haushalt hergestellt werden und vergleichbar hohe Acrylamidgehalte aufweisen können.

Welche weiteren effektiven Maßnahmen zur Risikominimierung und damit zum vorbeugenden Schutz des Verbrauchers ergriffen werden können, soll im Rahmen einer Informationsveranstaltung erörtert werden, zu der das BgVV am Donnerstag, dem 29. August 2002 nach Berlin einlädt. Die ganztägige Informationsveranstaltung trägt den Titel "Acrylamid in Lebensmitteln - ernstes Problem oder überschätzte Gefahr?" Drei Monate nach der ersten Anhörung im BgVV ist sie als "Follow Up" gedacht. Experten werden über den aktuellen Sachstand informieren und erstmals in größerem Umfang Daten zur Acrylamidbelastung in Deutschland vorstellen. Das weitere Vorgehen soll erläutert und das von Acrylamid für den Verbraucher ausgehende Risiko diskutiert werden. Ein weiteres wichtiges Thema bei der Veranstaltung werden praktische Tipps zur Reduzierung der Acrylamidgehalte im privaten Haushalt sein. Eingeladen zu der ganztägigen Veranstaltung hat das BgVV neben Vertretern aus Politik, amtlicher Überwachung, Bundes- und universitären Forschungseinrichtungen, Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, der Industrie und den Medien auch interessierte Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das Programm der Veranstaltung und weitere Informationen finden Sie auf der BgVV-Homepage (www.bgvv.de)

=====

VORSCHRIFTEN DES BUNDES UND DER BUNDESLÄNDER

(UMWELTonline - Newsletter, Ausgabe 26/2002, Datum 21.08.2002)

<http://www.UMWELTonline.de>) 1 B U N D ÜBERSICHT: - Umweltauditgesetz (UAG) - Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) - Verordnung zur Übertragung von Meß- und Auswerteaufgaben nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz - Fünfte Verordnung zur Übertragung von Mess- und Auswerteaufgaben nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz - Bienenschutzverordnung - Chemikaliengesetz (ChemG) - Chemikalien-Kostenverordnung (ChemKostV) - Chemikalien-Verbotsverordnung (ChemVerbotsV) - Giftinformationsverordnung (ChemGiftInfoV) - Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) - Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG) - Gefahrgutverordnung See (GGVSee) - Futtermittelgesetz - Gesetz über das Verbot des Verfütterns, des innergemeinschaftlichen Verbringens und der Ausfuhr bestimmter Futtermittel - Verordnung über die Errichtung eines

wissenschaftlichen Beirats für Düngungsfragen - Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) -
Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung - Pflanzenschutzmittelverordnung -
Abfallverbringungsgesetz (AbfVerbrG) - Wasserhaushaltsgesetz (WHG) - Tierschutzgesetz -
Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV)

1.01 Allgemeines Umweltrecht

Gesetz zur Regelung der Sicherheitsanforderungen an Produkte und zum Schutz der CE-
Kennzeichnung (Produktsicherheitsgesetz- ProdSG)

<http://www.umweltdigital.de/daten/aktuell/bund/c4031000.html> Gesetz zur Ausführung der
Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März
2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für
das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS)(Umweltauditgesetz - UAG)
<http://www.umweltdigital.de>

=====

Ende des newsletter/d/30

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden
sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der
gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte
"Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales
Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt